



Friedenspolitik wählen



Antworten der Parteien auf die
friedenspolitischen Wahlprüfsteine
zur Bundestagswahl 2021

Zur Bundestagswahl 2021 haben die Bundesgeschäftsstellen der Parteien CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und Die Linke zentrale Online-Formulare eingerichtet über die zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Wahlprüfsteine einreichen konnten.

Im Folgenden dokumentieren wir die Antworten dieser Parteien auf die friedenspolitischen Wahlprüfsteine von Ohne Rüstung Leben und die darin enthaltenen Wahlprüfsteine der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«. Diese Veröffentlichung soll interessierte Wählerinnen und Wähler bei ihrer Wahlentscheidung unterstützen. Die Antworten werden durch uns nicht bewertet oder kommentiert.

Stand: 13. September 2021

Viele weitere friedenspolitische Informationen zur Bundestagswahl finden Sie unter

www.ohne-ruestung-leben.de/bundestagswahl2021

Eine Publikation von

Ohne Rüstung Leben • Arndtstraße 31 • 70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396 • Telefax 0711 608357 • E-Mail [orl\[at\]gaia.de](mailto:orl[at]gaia.de)

Spendenkonto:

IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41 • BIC GENODEF1EK1 • Evangelische Bank



Antworten auf die friedenspolitischen Wahlprüfsteine 2021

Ablehnung
 teilweise
 Zustimmung

Diese Tabelle dokumentiert die Antworten, ohne sie zu prüfen oder zu bewerten

Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag in der nächsten Legislatur					
Ende der nuklearen Teilhabe und Abzug der Atomwaffen aus Deutschland					
Keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr					
Deutliche und dauerhafte Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention, internationale Friedensförderung und Zivilen Friedensdienst				*	
Stärkung und Einsatz der Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung				*	
Keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das 2-Prozent-Ziel					
Keine Beschaffung bewaffneter Kampfdrohnen für die Bundeswehr					
Grundsätzliches Rüstungsexportverbot in Artikel 26 Abs. 2 Grundgesetz					
Restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet				k.A.	
Verbandsklagerecht bei Rüstungsexportgenehmigungen				k.A.	
Umgehender Stopp von Rüstungsexporten an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten					
Vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen		**		k.A.	
Deutsche Regularien vor Umgehung durch unkontrollierte Internationalisierung deutscher Rüstungskonzerne schützen				k.A.	
Verschärfung und strikte Einhaltung der EU-Kriterien für Rüstungsexporte					

* Die Antwort verweist auf den umstrittenen »vernetzten Ansatz«, der zivile und militärische Mittel verzahnt

** Die Antwort verweist auf ein bestehendes Kleinwaffenexportverbot; ein solches gibt es bislang aber nicht

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland in der nächsten Legislaturperiode dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft?

Langfristig stellen wir uns eine Welt vor, in der nukleare Waffen als Abschreckung nicht mehr nötig sind. Solange es jedoch Staaten mit Atomwaffen gibt, die unsere Wertegemeinschaft aktiv herausfordern, braucht Europa weiterhin den nuklearen Schutzschirm der USA. Daher setzt die Politik von CDU und CSU auf eine Überwindung der aggressiven Außenpolitik von autoritären Staaten. Hierbei sind Verhandlungen, die zu nachweisbaren Abrüstung aller beteiligter Staaten im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages führen, wegweisender als einseitige Abrüstungsschritte der demokratisch regierten Länder im Rahmen des Atomwaffenverbotsvertrags. Wir drängen daher auf mehr Dynamik in der multilateralen Rüstungskontrolle und Abrüstung und unterstützen neue Initiativen, die zu mehr Sicherheit beitragen.

Werden Sie sich für ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO und den Abzug der letzten in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen einsetzen?

Die NATO ist das Rückgrat der euroatlantischen und damit auch unserer deutschen Sicherheit. Garantiert werden diese Sicherheit und unser Leben in Frieden und Freiheit auch durch die nukleare Teilhabe. Die deutsche Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO ist ein wichtiger Bestandteil einer glaubwürdigen Abschreckung im Bündnis. CDU und CSU stehen dafür, dass sich Deutschland entschlossen zur Fortsetzung seiner nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO bekennt. Zugleich setzen wir auf Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und nachweisbare Abrüstungsschritte, die zu mehr Sicherheit aller Verhandlungspartner führen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Wie in der Antwort auf Frage 2 [*nukleare Teilhabe und Atomwaffenabzug*] beschrieben, wird unsere Sicherheit auch durch die deutsche Beteiligung an der nuklearen Teilhabe gewährleistet. Dazu gehört auch, dass die Technik der dazu notwendigen Trägerflugzeuge auf dem aktuellen Stand gehalten wird. CDU und CSU sprechen sich daher dafür aus, dass die hierfür notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Was werden Sie unternehmen, um die deutsche und europäische Außenpolitik gemäß den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, dem Pariser Klimaabkommen, den Menschenrechten und im Sinne der »Menschlichen Sicherheit« zu gestalten?

Die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, das Pariser Klimaschutzabkommen und die Menschenrechte sind das Leitbild von CDU und CSU für eine gerechte Globalisierung sowie für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Welt. Dabei setzen wir uns insbesondere für eine Welt ohne Hunger, den Zugang zu staatlicher Grundversorgung wie Bildung, Wasser, Ernährung und Gesundheit sowie für eine engere Kooperation von Staat und Wirtschaft ein. So wollen wir es beispielsweise Unternehmen erleichtern, in moderne und digitale Arbeitsplätze in Entwicklungsländern zu investieren und Menschenrechte sowie soziale und ökologische Mindeststandards besser sicherzustellen. Bei all unseren Ansätzen wollen wir insbesondere Frauen und Mädchen stärken. Wir setzen uns für deren Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung ein.

Werden Sie sich für eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention, internationale Friedensförderung und den Zivilen Friedensdienst einsetzen?

Ja, Deutschland und Europa müssen mittels Prävention und Vermittlung mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Das gilt insbesondere für den südlichen Mittelmeerraum sowie für den Nahen und Mittleren Osten. Durch humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Programme wie die Beschäftigungsoffensive „Cash for Work“ wollen CDU und CSU auch künftig die Lebensperspektiven der Menschen vor Ort verbessern.

Werden Sie sich für die institutionelle Stärkung und den Einsatz der Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung – zum Beispiel Konfliktmediation – einsetzen?

CDU und CSU werden sich auch künftig für die institutionelle Stärkung und den Einsatz der Instrumente ziviler Konfliktberatung einsetzen. Dazu gehört auch eine angemessene finanzielle Ausstattung, beispielsweise auch für die politischen Stiftungen, die international zur Stärkung der Demokratie, der Zivilgesellschaft und der Entwicklungszusammenarbeit beitragen.

Werden Sie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das 2-Prozent-Ziel der NATO ablehnen?

CDU und CSU stehen zu den Zusagen im Rahmen der NATO und der EU, den Verteidigungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts weiter zu erhöhen, denn der Schutz von Frieden und Freiheit ist die vornehmste Aufgabe des Staates. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen sich auf eine glaubwürdige Sicherheitsvorsorge verlassen können. Wer wie unsere Soldatinnen und Soldaten Verantwortung in schwierigen Einsätzen übernimmt, hat Anspruch auf die beste Ausrüstung. Wir werden allen unseren militärischen Verpflichtungen nachkommen und die Vollausrüstung der Bundeswehr erreichen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch künftig keine bewaffneten Drohnen erhält?

Zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz setzen sich CDU und CSU für die militärisch heute selbstverständliche Bewaffnung von Drohnen ein

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?

Rüstungsexporte sind ein gestaltendes Element der Sicherheitspolitik, die auch künftig in einer Einzelfallprüfung durch den Bundessicherheitsrat erfolgen soll. CDU und CSU setzen sich für einheitliche europäische Richtlinien als gemeinsame Basis für Rüstungsexporte ein. Das gilt insbesondere für gemeinsame europäische Rüstungsprojekte. Ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wäre ein falsches Signal, das Deutschlands Bündnisfähigkeit und Einfluss auf internationaler Bühne massiv einschränken würde.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen in Deutschland haben sich grundsätzlich bewährt und sind im internationalen Vergleich bereits ziemlich restriktiv. Auch sorgt der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für ein Höchstmaß an Transparenz in rüstungsexportpolitischen Entscheidungen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?

CDU und CSU sehen wegen der bereits restriktiven gesetzlichen Regelungen in Deutschland hierfür keine Notwendigkeit.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass auch künftig Entscheidungen über Rüstungsexporte in einer Einzelfallprüfung durch den Bundessicherheitsrat erfolgen. Uns ist bewusst, dass Rüstungsexporte besonders abgewogen und wohl überlegt genehmigt werden müssen. Daher legt eine unionsgeführte Bundesregierung stets ein besonderes Augenmerk darauf, dass die exportierten Güter weder für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden noch zur Verschärfung von Krisen beitragen. Die Genehmigungen richten sich allein nach außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen und werden unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen stetig neu bewertet.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?

Mit den neuen politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2019 gibt es grundsätzlich keine Genehmigung mehr für Exporte von Kleinwaffen in Drittländer. Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in EU-Mitgliedstaaten, NATO-Länder und NATO-gleichgestellte Länder ist grundsätzlich weiter erlaubt, es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist. Beim Export von leichten Waffen, von zugehörigen Teilen sowie Munition sind die entsprechenden Grundsätze der Bundesregierung in Drittländer vom 18. März 2015 bzw. den jeweiligen Folgeregelungen einschlägig. Auch hier sehen CDU und CSU nicht die Notwendigkeit, ein vollständiges Verbot von Exporten in EU-, NATO- oder der NATO-gleichgestellten Länder einzuführen. Das Erfüllen unserer Bündnisverpflichtungen und die Unterstützung unserer Bündnispartner ist ein essentieller Beitrag Deutschlands zu einer stabilen, friedlicheren Welt. Es ist auch Teil unserer internationalen Verantwortung. CDU und CSU stehen zu dieser Verantwortung.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass auch künftig Entscheidungen über Rüstungsexporte in einer Einzelfallprüfung durch den Bundessicherheitsrat erfolgen. Uns ist bewusst, dass Rüstungsexporte besonders abgewogen und wohl überlegt genehmigt werden müssen. Daher legt eine unionsgeführte Bundesregierung stets ein besonderes Augenmerk darauf, dass die exportierten Güter weder für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden noch zur Verschärfung von Krisen beitragen. Die Genehmigungen richten sich allein nach außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen und werden unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen stetig neu bewertet.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Die Bundesregierung trifft ihre Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern bereits jetzt in Übereinstimmung mit dem „Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärgütern und Militärtechnologie“. CDU und CSU treten dafür ein, dass Entscheidungen über Rüstungsexporte auch künftig in Übereinstimmung mit diesem Gemeinsamen Standpunkt erfolgen. Die Notwendigkeit einer Verschärfung der Kriterien für den Rüstungsexport im Gemeinsamen Standpunkt sehen wir – genauso wie unsere europäischen Partner – nicht.

Bündnis 90/Die Grünen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland in der nächsten Legislaturperiode dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft?

Ja. Wir GRÜNE haben das Zustandekommen des UN-Atomwaffenverbotsvertrags ausdrücklich begrüßt. Er steht aus unserer Sicht nicht im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag, sondern ergänzt diesen sinnvoll. Auch erkennen wir an, dass der Atomwaffenverbotsvertrag zum Ausdruck bringt, dass die Mehrzahl der Staaten weltweit sich für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen und sie die permanente Bedrohung durch diese Waffen beenden wollen. Wir Grüne setzen uns seit unserer Gründung für die Abschaffung von Atomwaffen ein. Daher wollen wir auch die Voraussetzungen schaffen, damit Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten kann. Dafür setzen wir uns ein.

Werden Sie sich für ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO und den Abzug der letzten in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen einsetzen?

Ja. Wir GRÜNE setzen uns für diese Ziele seit unserer Gründung ein.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Ja. Wir GRÜNE lehnen Atomwaffen ab und setzen uns seit langem für das Ende einer Beteiligung Deutschlands an der nuklearen Teilhabe der NATO ein. Um ein abrüstungspolitisches Signal zu senden, wäre es wichtig, die jetzige Chance zu ergreifen, mit dem Auslaufen des in die Jahre gekommenen Tornado-Modells die nukleare Teilhabe aufzugeben und kein neues Trägersystem für Nuklearwaffen zu beschaffen. Jene in Deutschland stationierten US-Atomwaffen haben zudem keinerlei sicherheitspolitische, sondern lediglich symbolische Bedeutung. Angesichts zunehmender Spannungen zwischen Nuklearmächten braucht es heute Ansätze abseits der nuklearen Abschreckungslogik, um die Welt friedlicher zu machen. Wir GRÜNE lehnen daher die Anschaffung neuer nuklearer Trägersysteme ab. Unsere Position haben wir auch in unserem Antrag 19/20065 dargelegt.

Was werden Sie unternehmen, um die deutsche und europäische Außenpolitik gemäß den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, dem Pariser Klimaabkommen, den Menschenrechten und im Sinne der »Menschlichen Sicherheit« zu gestalten?

Die UN-Nachhaltigkeitsziele, das Pariser Klimaabkommen und die Menschenrechte sind für uns GRÜNE Richtschnur und Grundlagen für die Ausgestaltung einer

vorausschauenden, krisenpräventiven Außenpolitik. Wir GRÜNE ergänzen den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von Menschen in den Fokus. Die Zusagen zur Entwicklungs- und Klimafinanzierung halten wir ein. Die Klimakrise stellen wir GRÜNE ins Zentrum der Außenpolitik und setzen uns ein für eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpolitik. Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir GRÜNE globale Klimagerechtigkeit voranbringen und Länder des Globalen Südens dabei unterstützen, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen.

Werden Sie sich für eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention, internationale Friedensförderung und den Zivilen Friedensdienst einsetzen?

Ja. Für uns GRÜNE gilt das Primat des Zivilen. Wo immer es geht, sollen zivile Maßnahmen der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zum Einsatz kommen. Deswegen haben wir uns in der ersten Regierungsbeteiligung stark für die Einrichtung dieser Maßnahmen und deren Stärkung eingesetzt. Auch zukünftig wollen wir GRÜNE den ZFD und andere Institutionen und Programme zuverlässig mit ausreichend Mitteln unterstützen, damit diese langfristig und planbar am Ziel eines nachhaltigen Friedens arbeiten können.

Werden Sie sich für die institutionelle Stärkung und den Einsatz der Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung – zum Beispiel Konfliktmediation – einsetzen?

Ja. Für uns GRÜNE leisten Konfliktmediation sowie alle anderen Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung einen wertvollen Beitrag zur friedlichen Beilegung von Krisen und Konflikten. Ihre institutionelle Stärkung sowie ihr gezielter Einsatz sind Teil der GRÜNEN Programmatik.

Werden Sie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das 2-Prozent-Ziel der NATO ablehnen?

Ja. Die Bundeswehr kann einen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung leisten. Für ihren Auftrag müssen Soldatinnen und Soldaten bestmöglich ausgestattet sein. Für uns GRÜNE ist eine Input-Orientierung wie das NATO-Zwei-Prozent-Ziel aber keine verantwortungsbewusste Friedens- und Sicherheitspolitik. Es ist auch keine vernünftige Messgröße für eine faire Lastenteilung innerhalb der NATO. Die Pandemie und die Klimakrise zeigen, dass haushaltspolitische Prioritäten auf den Prüfstand müssen. Krisenprävention, die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele und Zukunftsinvestitionen sind wichtiger denn je. Vor diesem Hintergrund halten wir GRÜNE das Ziel der NATO, dass jeder Mitgliedstaat mindestens zwei Prozent des

Bruttoinlandsprodukts für Militär aufwenden soll, für nicht nachvollziehbar und diskussionsbedürftig.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch künftig keine bewaffneten Drohnen erhält?

Wir GRÜNE verurteilen die Nutzung von bewaffneten Drohnen für extralegale Tötungen und andere völkerrechtswidrige Taten aufs Schärfste. Ein solcher Einsatz ist für uns GRÜNE undenkbar und mit dem deutschen Verfassungs- und Wehrrecht nicht vereinbar. In bestimmten Situationen können bewaffnete Systeme gegenüber herkömmlicher Luftunterstützung u.U. mehr Schutz für Soldatinnen und Soldaten bedeuten. Nutzen und Risiken von bewaffneten Drohnen müssen dabei sehr gründlich gegeneinander abgewogen werden. Bevor wir über eine Bewaffnung von Drohnen entscheiden, muss klar definiert und geregelt werden, für welche konkreten Einsatzszenarien die Bundeswehr bewaffnete Drohnen einsetzen würde.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?

Der Grundgesetzartikel 26 enthält bereits ein weitgehendes Verbot im Umgang mit Kriegswaffen. Alles Nähere regelt ein Bundesgesetz. Aus unserer Sicht bedarf es keiner Änderung des Grundgesetzes – was ein langer und selten Erfolg versprechender Weg ist – sondern vielmehr der Ausgestaltung eines klaren Gesetzes. Wir GRÜNE haben 2012 die Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes gefordert. In diesem sollen die bisher unverbindlichen Kriterien der "Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" Gesetzesrang erhalten und somit zu einer transparenteren und restriktiveren Rüstungsexportpolitik beitragen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?

Wir GRÜNE wollen ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das verhindert, dass Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter an Diktatoren und menschenrechtsverachtende Regime gehen. Wir wollen die Kriterien für Rüstungsexporte konkret, nachvollziehbar und einklagbar machen. Das Gesetz wird zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik führen, aber nicht untersagen, dass wir Verbündete unterstützen und ausstatten.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?

Wir GRÜNE wollen weiterhin die Einführung eines Verbandsklagerechts, die wir im Zusammenhang mit der Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes erstmals gestellt haben.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?

Ja.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?

Ein Verbot des Exports von Kleinwaffen findet sich bereits jetzt in den Kleinwaffengrundsätzen der Bundesregierung, die wir GRÜNE nicht aufweichen wollen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?

Zur Unterbindung der Strategie der Internationalisierung deutscher Rüstungskonzerne haben wir GRÜNE zusammen mit der Linken konkrete Vorschläge im Antrag 19/14917 gemacht, der sich mit der Schließung der Lücken im Außenwirtschaftsgesetz und der Außenwirtschaftsverordnung beschäftigt.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Ja. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, seitdem der Gemeinsame Standpunkt der EU 2008 rechtsverbindlich wurde. Aber er wurde bislang weder in nationales Recht transformiert noch wird er von den EU-Mitgliedsstaaten einheitlich und restriktiv angewandt.

SPD

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland in der nächsten Legislaturperiode dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft?

Die Verbreitung und der Gebrauch von Massenvernichtungswaffen stellen nach wie vor eine der gravierendsten sicherheitspolitischen Bedrohungen unserer Zeit dar. Daher muss das Ziel eine Welt ohne Atomwaffen sein. Wir müssen unsere Anstrengungen für eine weltweite nukleare Abrüstung verstärken und gleichzeitig verhindern, dass bestehende rechtliche Grundlagen für verhandelte und verifizierbare Abrüstungsschritte geschwächt werden. Der Atomwaffenverbotsvertrag hat – trotz einiger Defizite – wichtige Impulse für die Debatte gegeben; auch wenn insbesondere bündnispolitische Verpflichtungen gegen einen Beitritt Deutschlands sprechen. Um den Prozess und die Intentionen dennoch konstruktiv zu begleiten, sollte Deutschland eine Brückenfunktion einnehmen und als Beobachterstaat an der ersten Vertragsstaatkonferenz im kommenden Jahr teilnehmen.

Werden Sie sich für ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO und den Abzug der letzten in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen einsetzen?

Unser Ziel ist und bleibt eine nuklearwaffenfreie Welt. Daher setzt sich die SPD für eine sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe unter Berücksichtigung aller relevanten Aspekte ein. Eng verknüpft mit der Zukunft der nuklearen Teilhabe ist dabei auch die Frage, welche Fähigkeiten das Nachfolgesystem für die Tornado-Kampffjets der Bundeswehr erfüllen soll. Nach einer umfassenden politischen Debatte werden wir eine Entscheidung gewissenhaft treffen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Zusammen mit Frage 2 [*nukleare Teilhabe und Atomwaffenabzug*] beantwortet.

Was werden Sie unternehmen, um die deutsche und europäische Außenpolitik gemäß den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, dem Pariser Klimaabkommen, den Menschenrechten und im Sinne der »Menschlichen Sicherheit« zu gestalten?

Unser Ziel ist, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt zu ermöglichen. Für uns ist die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte nicht verhandelbar. Um Menschenrechtsverteidiger:innen weiterhin unterstützen zu können, haben wir u.a. im Jahr 2020 ein Schutzprogramm (Elisabeth-Selbert-Initiative) ins Leben gerufen. Wir

werden die nationale Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen unterstützen, die weltweite nationale Strafverfolgung fördern und den Internationalen Strafgerichtshof stärken. Auch indem wir die mit Menschenrechten befassten Institutionen des Bundestags und der Bundesregierung weiter ausbauen, stärken wir die Menschenrechtsarchitektur. Wir begrüßen das unter deutscher Ratspräsidentschaft geschaffene EU-Menschenrechts-Sanktionsregime. Die 17 globalen Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bilden die Richtschnur einer sozialdemokratischen Entwicklungspolitik. Gemäß des Pariser Klimaabkommens werden wir unsere eigenen Klimaschutzverpflichtungen einlösen wie auch die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen.

Werden Sie sich für eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention, internationale Friedensförderung und den Zivilen Friedensdienst einsetzen?

Schon vor der Covid-19-Pandemie stand die multilaterale Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Vereinten Nationen unter Druck. Friedensoperationen mussten wegen Mittelkürzungen beendet oder reduziert werden. Insbesondere aufgrund des Einsatzes der SPD nimmt Deutschland bei der internationalen Friedensförderung jedoch eine weltweite Führungsrolle ein und ist in den letzten Jahren immer wieder eingesprungen, um Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu stützen. Dieses intensive Engagement werden wir mit den erforderlichen personellen und finanziellen Mitteln auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen bzw. weiter ausbauen, indem wir unter anderem das Zentrum für internationale Friedenseinsätze stärken. Die SPD sieht ganz klar die Notwendigkeit, den zivilen Friedensdienst weiter auszubauen. Eine größere Mittelsteigerung ist leider bislang an der CDU/CSU gescheitert. Um Friedensprozesse nachhaltig zu gestalten, wollen wir sicherstellen, dass Frauen an Krisenprävention, Konfliktbeseitigung und Friedenskonsolidierung beteiligt werden. Die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ wie auch die VN-Frauenrechtskonvention müssen konsequent umgesetzt bzw. angewandt und – wenn nötig – weiterentwickelt werden.

Werden Sie sich für die institutionelle Stärkung und den Einsatz der Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung – zum Beispiel Konfliktmediation – einsetzen?

Zur Prävention und Beilegung von Krisen und Konflikten setzen wir auf das Primat der Politik und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung. Deutschland mit seinen sozialdemokratischen Außenministern hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich zur Entschärfung internationaler Krisen und der Vermittlung von Frieden beigetragen. Doch es besteht weiterhin ein dringender Handlungsbedarf, den Ausbau nationaler und internationaler ziviler Kapazitäten und Instrumente mit höchster politischer Energie und den entsprechenden Ressourcen voranzutreiben. Nothilfe, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit müssen

auf allen Ebenen noch enger miteinander verschränkt werden. Neben dem Aufbau eines Teams von deutschen Friedensemissären, das sich weltweit in Friedensverhandlungen engagiert, halten wir auch an der Forderung nach einem europäischen zivilen Friedenskorps fest, um auf multilateraler Ebene Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung weiterzuentwickeln.

Werden Sie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das 2-Prozent-Ziel der NATO ablehnen?

Die Bundeswehr leistet einen verantwortungsvollen Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung – und verdient dafür die bestmögliche Ausstattung. Nachdem die Bundeswehr durch frühere Entscheidungen massiv zusammengespart wurde, haben wir in den vergangenen Jahren mit einem sozialdemokratischen Finanzminister die Investitionen im Verteidigungshaushalt schrittweise erhöht und wesentliche Beschaffungsvorhaben vorangetrieben. Wir orientieren uns dabei an den erforderlichen militärischen Fähigkeiten, damit unsere Soldatinnen und Soldaten ihre Aufgaben auch in Zukunft zusammen – in fairer Lastenteilung – mit unseren Partnern in Europa und der NATO erfüllen können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch künftig keine bewaffneten Drohnen erhält?

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den bestmöglichen Schutz. Auch bewaffnete Drohnen können einen Beitrag zum Schutz leisten. Jedoch sind sie kein Waffensystem wie jedes andere, sondern stellen eine neue Entwicklungsstufe für die Bundeswehr dar. Wir nehmen unsere sicherheits- und friedenspolitische Verantwortung ernst. Eine Entscheidung für oder gegen eine Bewaffnung, werden wir daher auf Basis einer umfänglichen Diskussion treffen. Eine vom SPD-Parteivorstand eingesetzte Projektgruppe erörtert momentan die Frage einer möglichen Bewaffnung von Drohnen. Dabei werden vielfältige Aspekte untersucht (z.B. rechtlich, ethisch, sicherheitspolitisch, rüstungskontrollpolitisch). Nach Abschluss des Beratungsprozesses wird die Projektgruppe eine Empfehlung aussprechen. Auf Basis dieser Empfehlung wird die SPD eine Positionierung zu einer möglichen Bewaffnung von Drohnen vornehmen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?

Die SPD setzt sich für die Verabschiedung eines Rüstungsexportgesetzes ein. Damit wollen wir die rechtliche Verbindlichkeit der Vorgaben für den Export von Rüstungsgütern erhöhen und die Entscheidungskriterien der Politischen Grundsätze

der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern schärfen. Insbesondere die Menschenrechtslage, die Gefahr innerer Repression und die Verwicklung in einen bewaffneten Konflikt sollen als entscheidende Kriterien für Rüstungsexporte gesetzlich verankert werden.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellte Länder weiter eingeschränkt und absolute Ausnahmen nur im begründeten Ausnahmefall möglich sein werden – und dies öffentlich nachvollziehbar dokumentiert wird. Dies soll in dem bereits erwähnten Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden. Außerdem beabsichtigen wir eine Genehmigungsdauer von maximal zwei Jahren einzuführen, damit die Bundesregierung auf veränderte außen- und sicherheitspolitische Bedingungen in den Empfängerländern besser reagieren kann.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?

Dieser Vorschlag müsste im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geprüft werden.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?

Ja.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?

Mit den Kleinwaffengrundsätzen von 2015 und der Verpflichtung im Koalitionsvertrag, grundsätzlich keine Kleinwaffen in Drittstaaten zu exportieren, haben wir bereits große Fortschritte bei der Eindämmung dieser Exporte erzielt. Auf diesen Erfolg sollten wir aufbauen und diese äußerst restriktive Genehmigungspraxis gegenüber Drittländern fortsetzen. Wir werden uns im EU-Rahmen nachdrücklich dafür einsetzen, dass sich die EU-Definition von Kleinwaffen an der weitergehenden UN-Definition orientiert, damit

zum Beispiel auch Pistolen und Scharfschützengewehre endlich in diese Kategorie aufgenommen werden. Als ersten Schritt sollte Deutschland diese beiden Waffen in die nationalen Kleinwaffengrundsätze aufnehmen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?

Ja

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.

FDP

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland in der nächsten Legislaturperiode dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft?

Als Freie Demokraten bekennen wir uns zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt und setzen uns dafür ein, die andauernde Krise der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle zu überwinden. Mit der Verlängerung des NewSTART-Abkommens zwischen den USA und Russland wurde hierfür ein notwendiger Schritt in diesem Jahr geschafft. Dennoch zerfallen weiterhin vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Sicherheitsumfeldes bestehende Strukturen der Atomwaffenkontrolle. Dies hat sich zuletzt überdeutlich durch das Ende des INF-Vertrags und den Austritt der USA und Russlands aus dem Open-Skies-Vertrag gezeigt. Gleichzeitig nimmt die Gefahr durch Nuklearwaffen in der internationalen Politik wieder zu. Wir wollen deshalb, dass Deutschland und Europa starke Impulsgeber sind, um die Instrumente von Abrüstung und Rüstungskontrolle für das 21. Jahrhundert neu zu denken. Wir brauchen einen neuen diplomatischen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung, der über einen bloßen Symbolcharakter hinausgeht. Als Freie Demokraten stehen wir ein für die Einhaltung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) und wollen, dass Deutschland gemeinsam mit den europäischen Partnern seinen Beitrag leistet, um die nächste Überprüfungskonferenz des NVV zu einem Erfolg zu führen. Deutschland hat unter Führung der damaligen schwarz-roten Bundesregierung im Juli 2017 bei einer UN-Abstimmung gegen ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen gestimmt und tritt bislang dem Atomwaffenverbot nicht bei. Das bleibt so lange richtig, bis dieser Schritt als gemeinsame Entscheidung der NATO-Partner erfolgen kann.

Werden Sie sich für ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO und den Abzug der letzten in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen einsetzen?

Der Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Deutschland kann nur gemeinsam mit unseren Partnern in der NATO beschlossen und umgesetzt werden. Die NATO ist nach wie vor unser wichtigster sicherheitspolitischer Anker. Deshalb wenden wir uns dagegen, einseitige oder nicht abgestimmte Entscheidungen, die dann auch das gesamte Bündnis betreffen, isoliert zu fällen. Besonders dann nicht, wenn diese Entscheidungen der Strategie der transatlantischen Allianz entgegenstehen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Wie bereits erwähnt, bekennen wir uns als Freie Demokraten zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt und setzen uns dafür ein, die andauernde Krise der nuklearen

Abrüstung und Rüstungskontrolle zu überwinden. Die NATO ist nach wie vor unser wichtigster sicherheitspolitischer Anker. Deshalb wenden wir uns auch in dieser Frage dagegen, einseitige oder nicht abgestimmte Entscheidungen, die dann auch das gesamte Bündnis betreffen, isoliert zu fällen. Bis die NATO-Partner etwas anderes vereinbaren, gehört hierzu auch eine Beschaffung der Nachfolge des Waffensystems Tornado zur Bereitstellung der Fähigkeit zur technisch-nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO.

Was werden Sie unternehmen, um die deutsche und europäische Außenpolitik gemäß den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, dem Pariser Klimaabkommen, den Menschenrechten und im Sinne der »Menschlichen Sicherheit« zu gestalten?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (SDGs) und dem Pariser Klimaabkommen. Wir fordern deshalb die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) entlang dieser Ziele und Indikatoren. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind ein wichtiger Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung. Wir sehen in nachhaltiger Entwicklung die Chance auf mehr Freiheit für uns alle und für zukünftige Generationen. Die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie die aktuelle Covid-19-Pandemie, Klimaveränderungen und Umweltzerstörung, armuts- und kriegsbedingte Fluchtbewegungen, zerfallende Staaten und schlechte Regierungsführung verlangen einerseits ein besser abgestimmtes europäisches und internationales Vorgehen und andererseits eine einheitliche deutsche Positionierung. Gegenwertig agieren die Ressorts weder abgestimmt noch lässt sich eine politische Gesamtstrategie erkennen. Mit einer modernen und innovativen Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere Partner, die Chancen der Digitalisierung, Automatisierung und Urbanisierung in Wert zu setzen. Durch eine stärkere Kooperation und Koordination mit unseren europäischen und internationalen Partnern wollen wir zusätzlich Synergien schaffen und die Wirkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit deutlich steigern. Hierzu wollen wir auch die multilaterale Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) stärken und bis spätestens 2030 0,2 Prozent des BIP, vorrangig für multilaterale Initiativen, zur Verfügung stellen.

Werden Sie sich für eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention, internationale Friedensförderung und den Zivilen Friedensdienst einsetzen?

Wir Freie Demokraten setzen auf ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung als zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir unterstützen deshalb den aktiven Ausbau des zivilen Krisenmanagements in Deutschland und in der Europäischen Union (EU). Wir wollen den vernetzten Ansatz vorantreiben, der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zusammen denkt und die außenpolitischen Instrumente kohärent und effektiv zur Krisenprävention und

Friedensförderung einsetzt. Dazu zählt unter anderem, dass die EU verstärkt in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexpertise investiert. Wir wollen zudem, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit (3D – defence, development and diplomacy) investiert, so seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, seine Entwicklungspolitik verstetigt und seine Diplomatie stärkt.

Werden Sie sich für die institutionelle Stärkung und den Einsatz der Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung – zum Beispiel Konfliktmediation – einsetzen?

Siehe Frage 5 [Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention].

Werden Sie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das 2-Prozent-Ziel der NATO ablehnen?

Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zur NATO. Denn die NATO ist ein konkurrenzlos erfolgreiches Sicherheitsbündnis und für Frieden und Sicherheit in Europa von essentieller Bedeutung. Die NATO soll aus unserer Sicht auch in Zukunft als Garant für unsere Sicherheit stehen. Die zentralen Beschlüsse der Allianz von Wales und Warschau tragen wir daher in vollem Umfang mit: die Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO durch Finanzmittel, Fähigkeiten und Beiträge, einhergehend mit gleichzeitiger Dialogbereitschaft. Wir wollen zudem, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit („3D – defence, development and diplomacy“) investiert, so seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, seine Entwicklungspolitik verstetigt und seine Diplomatie stärkt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch künftig keine bewaffneten Drohnen erhält?

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat sich in einer Initiative für die Bewaffnung von unbemannten Luftfahrzeugen der Bundeswehr ausgesprochen (vgl. „Schutz der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr durch die Beschaffung von bewaffneten Drohnen stärken“ BT-Drs.-19/ 19/15675). Diese Wirkmöglichkeiten erhöhen deutlich die Fähigkeiten von sogenannten Drohnen und dienen damit unmittelbar dem Schutz der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten in gefährlichen Einsatzgebieten.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?

Die FDP hat die Wahlprüfsteine der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« nicht im Einzelnen, sondern mit einem generellen Statement beantwortet (siehe unten).

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?

siehe unten

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?

siehe unten

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?

siehe unten

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?

siehe unten

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?

siehe unten

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenexporte in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen weiter destabilisieren und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen behindern. Für die Ausfuhr von Rüstungsgütern gibt es in den EU-Mitgliedstaaten noch vielfach unterschiedliche Standards. Die EU muss jedoch auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme sprechen. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein. Wir wollen dieses Ziel durch eine europaweite Rüstungsexport-Verordnung erreichen, die hohe Standards setzt und so den gemeinsamen Standpunkt der EU-Mitgliedstaaten von 2008 über die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgüter rechtsverbindlich weiterentwickelt.

Ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten lehnen wir aber ab. Wir Freie Demokraten unterstützen die bestehende restriktive Genehmigungspolitik für die Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern, möchten aber auch, dass der Export nach genauer Einzelfallprüfung weiterhin möglich ist. Deutschland ist internationalen Systemen kollektiver Sicherheit beigetreten. Damit wurden auch Bündnisverpflichtungen eingegangen, die unter anderem auch Lieferungen von Rüstungsgütern – beispielsweise an NATO-Partner – rechtfertigen können.

.

Die Linke

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland in der nächsten Legislaturperiode dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft?

Ja. DIE LINKE tritt entschieden dafür ein, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beizutreten. Zum Inkrafttreten des Vertrags am 22. Januar 2021 hat unsere Bundestagsfraktion diese Forderung in einem Antrag (19/26172) bekräftigt und die Bundesregierung aufgefordert, den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag zu erklären und sodann einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Vertrag zu ratifizieren. Was dem Beitritt zum AVV entgegensteht, ist der fehlende politische Wille der Bundesregierung. DIE LINKE wird das Ziel, dem AVV beizutreten, auch in der künftigen Wahlperiode weiterverfolgen.

Werden Sie sich für ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO und den Abzug der letzten in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen einsetzen?

Diese und die darauffolgende Frage 3 werden aufgrund ihres Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Ja. Die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO muss beendet werden. Es dürfen dafür keine Kampfflugzeug-Trägersysteme zur Verfügung gestellt und neu angeschafft werden. Die LINKE lehnt die Pläne der Bundesregierung entschieden ab, in den Jahren ab 2025 bis zu 100 Eurofighter in der Kampfbomber-Ausfertigung, sowie 45 F-18 Kampfflugzeuge aus US-Produktion anzuschaffen, von denen 30 fähig zum Tragen von Atomwaffen sein sollen. Die Gesamtkosten der Anschaffungen beziffert die Bundesregierung nicht: Schätzungen gehen von mindestens 30 Mrd. Euro Lebenswegkosten allein für die F-18-Kampfbomber aus. Die LINKE setzt sich seit ihrer Gründung für die Beendigung der nuklearen Teilhabe in der NATO ein. Nicht wie andere Parteien, weil luftträger-gestützten Atombomben überholt seien. Sondern weil wir der Überzeugung sind, dass die deutsche Außenpolitik die Doktrin der Abschreckung hinter sich lassen muss. Die Linksfraktion hat im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht, der die Kosten für diese überholte und gefährliche Neuanschaffung den sozialen Erfordernissen gegenübergestellt, die aus der Corona-Krise entstanden (19/18750). Die LINKE wird auch weiterhin verlässlich gegen die Teilnahme Deutschlands in der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO streiten.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Ja. Siehe 2 [nukleare Teilhabe und Atomwaffenabzug]

Was werden Sie unternehmen, um die deutsche und europäische Außenpolitik gemäß den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, dem Pariser Klimaabkommen, den Menschenrechten und im Sinne der »Menschlichen Sicherheit« zu gestalten?

DIE LINKE strebt internationale Beziehungen an, die auf Vertrauen und Ausgleich basieren und allen Menschen ein Leben in Frieden und Wohlstand ermöglichen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele sind dabei eine gute Richtschnur. Sie verpflichten dazu, die Ungleichheit zu bekämpfen. DIE LINKE wird sich dementsprechend mit vielen Initiativen gegen ausbeuterischen Freihandel, der wirtschaftliche Existenzen vernichtet, Umwelt und Klima gefährdet und die Entwicklung in den Ländern des Südens blockiert, einsetzen. Den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft wollen wir mit einem 20 Mrd. Euro schweren Industriefonds unterstützen. Bis 2035 soll Deutschland klimaneutral sein. Den Kohleausstieg wollen wir bis 2030 sozialverträglich und unter aktiver Beteiligung der betroffenen Bevölkerungen abschließen. Für sie wollen wir Transformationsräte einrichten, die den Strukturwandel begleiten. Die großen Energiekonzerne wollen wir entmachten und setzen stattdessen auf öffentliche Netze und dezentrale kommunale oder genossenschaftliche Anbieter. Wir haben uns für ein wirksames Lieferkettengesetz stark gemacht, dass die Menschenrechte in der Zuliefererkette deutscher Unternehmen schützt. Hier haben wir nicht alles erreicht, aber wir werden in der neuen Wahlperiode dranbleiben.

Werden Sie sich für eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention, internationale Friedensförderung und den Zivilen Friedensdienst einsetzen?

Ja. DIE LINKE macht Druck für Abrüstung statt Aufrüstung. Der Militärhaushalt der Bundesregierung ist in den letzten Jahren massiv gestiegen und beträgt derzeit 47 Milliarden Euro, das entspricht mehr als 500 Euro aus Steuergeldern je Bürger*in. Der Preis für eine hochgerüstete Bundeswehr: Steuermilliarden fehlen beim Ausbau des Gesundheitssystems, der sozialen Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz. Der Verteidigungshaushalt des Bundes muss deutlich reduziert werden: Wir wollen die Bundeswehr verkleinern und auf große Rüstungsprojekte verzichten. Wir rufen dazu auf, im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militärausgaben um 10 Prozent zu senken. Wenn alle Staaten das gleichzeitig tun, bleibt die relative Sicherheit für jedes Land gleich – und es würde auf einen Schlag 183 Milliarden Dollar freisetzen, um Soziales, wie die Bekämpfung von Hunger, Armut und die Folgen der Corona-Krise zu finanzieren. Die freiwerdenden Mittel wollen wir einerseits für soziale Aufgaben und Infrastrukturerneuerung im Inland, andererseits für eine Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, der Beiträge an internationale Organisationen (insbesondere Welternährungsprogramm, UN-Flüchtlingshilfswerk) und Projekte der zivilen Krisenprävention umwidmen.

Werden Sie sich für die institutionelle Stärkung und den Einsatz der Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung – zum Beispiel Konfliktmediation – einsetzen?

Wir unterstützen das Anliegen, die zivilen Instrumente in der deutschen Außenpolitik deutlich zu stärken, nicht nur finanziell (siehe oben), sondern auch institutionell. Sie fristen bislang ein Schattendasein im Vergleich zu den militärischen Instrumenten. Wir unterstützen konkret die Verstärkung der Mediationsarbeit, nicht nur mit mehr Geld, sondern auch mit langfristiger und flexibler Förderung für Mediationsprojekte und eine institutionelle Aufwertung, die sich auch personell niederschlagen soll, z.B. an den deutschen Botschaften. Forschungsprojekte im Bereich der Friedensmediation und die Deutsche Stiftung Friedensforschung sollen stärker und kontinuierlich finanziell unterstützt und ein internationaler Erfahrungsaustausch befördert werden. Es ist völlig klar, dass diese Bereiche viel stärker finanziert, die Finanzierung auf Langfristigkeit umgestellt und institutionelle und personelle Ressourcen in diesem Bereich ausgebaut werden müssen. Jeder Cent und jede Mühe, die in Mediationsarbeit anstatt in die weitere Aufrüstung investiert werden, sind gut anlegt. Wir unterstützen den Beitritt zum Europäischen Friedensinstitut. Was uns von anderen Parteien unterscheidet: Wir sehen den Ausbau ziviler Instrumente und von Mediationsstrukturen als Alternative zum Militär, nicht als Ergänzung.

Werden Sie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf das 2-Prozent-Ziel der NATO ablehnen?

Ja. Das Militärbudget der Bundesrepublik steigt seit Jahren immer weiter: Im laufenden Haushaltsjahr werden nach NATO-Kriterien bereits mehr als 50 Mrd. Euro für die Rüstung ausgegeben. Und so soll es weitergehen, nur noch mehr und noch schneller. Sollte Deutschland diesem Ziel folgen, müsste der Militärhaushalt bereits 2025 auf rd. 85 Mrd. Euro steigen: Der 'Einspruch' verschiedener Politiker*innen der Koalition hierzu bezieht sich nur auf den Zeitraum, in dem dies angestrebt werden soll, nicht auf das Ziel der Aufrüstung.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch künftig keine bewaffneten Drohnen erhält?

Ja. Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen muss verhindert werden. Wir sagen Nein zu Kampfdrohnen – auch nach der Wahl. Im Unterschied zur letzten Legislaturperiode drückte die Große Koalition in diesem Jahr eine Vorlage für eine bewaffnete Drohne, die sog. EURO-Drohne, durch, ohne dass die SPD eine Bewaffnung dieses Systems explizit ablehnte. Damit besteht die Gefahr, dass die SPD nun auch bei der Frage der Bewaffnung der Drohne HERON TP, deren Bewaffnung als erstes geplant ist, einknickt. Die LINKE fordert, als ersten Schritt, dass Deutschland auf jegliche Bewaffnungen von militärischen Drohnen verzichtet, und endlich engagierte Abrüstungspolitische Initiativen, bis eine völkerrechtlich verbindliche Ächtung dieser

gefährlichen Waffensysteme auf UN-Ebene durchgesetzt worden ist. Die LINKE wird auch im neuen Bundestag dafür kämpfen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?

Ja. DIE LINKE setzt sich als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien für ein gesetzliches Verbot von allen Rüstungsexporten ein. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Antrag "Export von Rüstungsgütern verbieten" im März 2018 (Drucksache 19/1339) eingebracht, in dem wir ein ausnahmsloses Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern fordern. Alle anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag lehnten diesen friedenspolitischen Antrag ab. Während die Bundesregierung eine "restriktive Rüstungsexportpolitik" propagiert, sind die aus Deutschland gelieferten Waffen von 2016 bis 2020 im Vergleich zum vorherigen Fünfjahreszeitraum um 21 Prozent gestiegen. Unter der Merkel-Regierung hat sich Deutschland zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt entwickelt. 2019 hat die Große Koalition im Schnitt lediglich einen von 500 Rüstungsexportanträgen der deutschen Rüstungsschmieden abgelehnt. Wer einen Exportantrag stellt, bekommt ihn auch genehmigt. Jede Waffe findet ihren Krieg. Um dieses Geschäft mit dem Tod zu beenden, gibt es nur einen Weg: ein generelles gesetzliches Rüstungsexportverbot.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?

Ja. Die beste Rüstungsexportkontrolle ist, erst gar keine Waffen zu exportieren. Wir unterstützen ein Rüstungsexportkontrollgesetz, wenn es ein gesetzliches Verbot aller Rüstungsexporte regelt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?

Ja. DIE LINKE unterstützt die Einführung eines Verbandsklagerechts, die zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. DIE LINKE fordert weitergehend einen Stopp von Rüstungsexporten, so dass es erst gar keine Genehmigungsentscheidungen gibt, die überprüft werden müssten.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?

Ja. Exporte in autoritäre Regime müssen sofort gestoppt werden.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl - angesichts der besonders hohen Opferzahlen - für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?

Ja. Wir fordern einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte, insbesondere den Export von Waffenfabriken, Klein- und Leichtwaffen, da deren Endverbleib nicht kontrolliert werden kann.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?

Ja. DIE LINKE will alle Möglichkeiten beseitigen, mit denen Rüstungsfirmen die Kontrollen in Deutschland umgehen wollen. So müssen auch Produktionsstätten deutscher Firmen im Ausland unter die deutschen rüstungspolitischen Vorgaben fallen. DIE LINKE schließt Technologietransfers, Unternehmensbeteiligungen und Lizenzvergaben bezüglich Rüstungsgüter aus. Das gilt für alle Staaten. Europäische Rüstungskonzerne wie Airbus oder Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in autoritären Regimen einzustellen. Gleiches muss für digitale Technik gelten, die in Konflikten als Waffe eingesetzt werden kann oder die Überwachung und Kontrolle von Telekommunikation und Endgeräten ermöglicht. Wir wollen Gesetzeslücken schließen, die es deutschen Unternehmen ermöglichen, die deutschen Gesetze zu umgehen. Auch spezielle Kooperationsregelungen mit befreundeten Staaten wie mit Frankreich, zur Erleichterung von Rüstungsexporten, lehnt DIE LINKE ab, denn über diesen Umweg könnten deutsche Waffen in die ganze Welt gelangen.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Ja. Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen und setzen uns für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein. Der zentrale Schwachpunkt des Gemeinsamen Standpunkts besteht darin, dass es den EU-Mitgliedstaaten obliegt, die Kriterien auszulegen, wie es ihnen passt. Ob ein Land wie etwa Saudi-Arabien die

Menschenrechte verletzt (Kriterium 2), entscheidet jedes EU-Land für sich selbst und nach eigenem Ermessen. Dem Gemeinsamen Standpunkt fehlen so unabhängige Überwachungsmechanismen sowie Sanktionsmöglichkeiten. DIE LINKE setzt sich auch auf EU-Ebene für ein striktes Rüstungsexportverbot, eine Entmilitarisierung der EU sowie für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter ein. Exporte in autoritäre Regime wie Ägypten und die Türkei müssen sofort gestoppt werden.